

Liebe Leserinnen und Leser,



mit diesem aktuellen Abgeordneten-Brief möchte ich Sie und Euch wieder über wichtige Schwerpunkte meiner Arbeit der letzten Monate informieren. Wie in den Briefen vorher gibt es wieder Informationen zu meinen Veranstaltungen und Aktivitäten vor Ort, über meine Tätigkeit als finanzpolitischer Sprecher und über wichtige Themen der Landespolitik.

Bayern geht jetzt in die Sommerferien, Schülerinnen und Schüler haben sechs Wochen frei, für viele geht's ab in den Urlaub und auch der Landtag legt eine Pause ein.

Noch einige Termine und Besprechungen, noch ein paar Tage am Schreibtisch, um Anliegen von Kommunen und Bürgern voranzubringen, dann werde auch ich für zwei Wochen im Sommerurlaub sein. Spätestens zur Würzburger Zwiebelkirchweih bin ich wieder zurück. Meine neue Funktion als Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion bringt zusätzlich Verantwortung, Arbeit und Termine, aber auch interessante und spannende politische Aufgaben mit sich. Ich freue mich, dass die SPD-Landtagsfraktion für ihre traditionelle Herbstklausur Mitte September Würzburg als Tagungsort ausgewählt hat. Die Regional- und Strukturpolitik, die Einführung der Gemeinschaftsschule und Soziales Bayern sind dabei unsere politischen Schwerpunkte.

Jetzt bleibt mir nur mehr übrig, Ihnen und Euch erholsame Sommerferien zu wünschen, eine schöne Zeit, sonnige Tage und eine informative Lektüre dieses Briefs.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr und Euer



Volkmar Halbleib, MdL
Abgeordneter für Stadt Würzburg, Landkreis Würzburg, Landkreis Kitzingen

Inhaltsübersicht:	Neues aus der Landtagsfraktion	Seite 2
	Veranstaltungen im Rückblick	Seite 3
	Aktivitäten vor Ort	Seite 7
	Meine Tätigkeit als finanzpolitischer Sprecher	Seite 12
	Aktuelles aus der Landespolitik	Seite 14
	Aufgemerkt: Termine und Veranstaltungshinweise	Seite 15

Neues aus der Landtagfraktion

Volkmar Halbleib jetzt stellvertretender Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktionsvorsitzender will mit neuer Spitzenmannschaft regierungsfähig werden

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Markus Rinderspacher, ist am Anfang Juni in seinem Amt bestätigt worden. Der 41jährige, der seit Oktober 2009 die Landtags-SPD führt, stellte sich zur Halbzeit der Wahlperiode des Bayerischen Landtags in der Fraktion der Wiederwahl bis zum nächsten Landtagswahltermin im Herbst 2013. Ebenfalls bestätigt wurde der schwäbische Abgeordnete Harald Güller (rechts) als Parlamentarischer Geschäftsführer und Franz Maget (2. von rechts) als SPD-Vertreter im Amt des Landtags-Vizepräsidenten.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Fraktion die oberfränkische Landesbank-Expertin und frühere Kulmbacher Oberbürgermeisterin Inge Aures (im Bild 2. von links), den Finanz- und Haushaltssprecher Volkmar Halbleib (links) aus Ochsenfurt und die oberbayerische Abgeordnete Natascha Kohnen (Mitte), die auch Generalsekretärin der BayernSPD ist. Dem erweiterten Führungsteam gehören außerdem Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Thomas Beyer und Martin Güll als neue Sprecher der drei SPD-Schwerpunktbereiche Wirtschaft/Arbeit, Bildung und Soziales an.



Als SPD-Haushaltsexperte und stell. Vorsitzender des Haushaltsausschusses hat sich Volkmar Halbleib im Landtag über die Parteigrenzen hinweg mit sachlicher Arbeit und viel Detailkenntnis einen guten Namen gemacht. „Er hat im Landtag einen fantastischen Job gemacht“, lobt auch Rinderspacher seinen neuen Vize: „Auch seine hohe Integrität wird in der Fraktion sehr geschätzt.“

Mit dem neuen Spitzenteam will Fraktionschef Rinderspacher deutlich machen, dass die Landtags-SPD im Blick auf die Landtagswahl 2013 voll in die Offensive geht und in der Lage ist, der Regierung Seehofer / Zeil inhaltlich wie personell Paroli zu bieten. Rinderspacher: „Damit wollen wir kräftig punkten und stellen Siegeszuversicht, Kampfgeist und Regierungsfähigkeit für 2013 heraus.“

Veranstaltungen im Rückblick – Eine Auswahl

Rote Radler wieder in Stadt und Landkreis Würzburg unterwegs

Im Rahmen seiner bayernweiten Radtour machte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Markus Rinderspacher mit seinen Roten Radlern am 29. Mai auch in der Region Würzburg Station. Nach einer Begrüßung am Hauptbahnhof Würzburg durch Volkmar Halbleib erläuterte Oberbürgermeister Georg Rosenthal die Planung für die Straßenbahn-Linie 6. Mit einer finanziellen Kooperation zwischen Land, Bund und der Stadt Würzburg soll bis 2018 die leistungsfähigste Linie Würzburgs entstehen, die täglich 26.000 Fahrgäste transportieren kann.

Deshalb verlief die Tour zunächst entlang der geplanten Linie 6 und machte ihren ersten Halt am Mainfrankentheater. Hier bekräftigte Landtagsabgeordneter Volkmar Halbleib, dass Würzburg bei der Renovierung des Theaters dringend auf finanzielle Unterstützung des Freistaats angewiesen ist. Markus Rinderspacher erklärte, dass es klare Position der SPD-Landtagsfraktion sei, kommunale Theater ebenso wie staatliche Theater zu fördern. „Es kann nicht sein, dass in München trotz funktionstüchtiger Philharmonie ein neuer Konzertsaal für 250 Millionen Euro geplant ist, während andersorts Theatergebäude verfallen“, so der Fraktionsvorsitzende.

Im Anschluss fuhren die Roten Radler durch den Berliner Ring, der für Fahrradfahrer sehr problematisch ist, durch die Lindleinsmühle und Versbach nach Rimpar, wo der Tross von 40 Radlern seinen ersten Stopp machte.

Ein großes Anliegen für Rimpar ist die dringend notwendige Ortsumgehung. Halbleib und Rinderspacher erklärten sich bereit, sich für die Gewährung der nötigen Finanzmittel einzusetzen. Nach einer kurzen Mittagsrast in Kürnach, wo der 3. Bürgermeister Otto Rüger die Radler begrüßte und Kommunalunternehmervorstand Dr. Alexander Schraml das im Bau befindliche Seniorenzentrum vorstellte. Weiter ging's nach Rottendorf. Bei einem Sektempfang durch die Gemeinde erläuterte der Ortsvereinsvorsitzende Detlef Wolf die Situation vor Ort: „Durch die große Wirtschaftsleistung ist es gelungen, eine Musikschule rein kommunal zu finanzieren.“

Die Bestandsaufnahme des SPD-Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher fiel durchwegs positiv aus: Wenn er gefragt würde, wie er sich die Bayern-SPD wünscht, könne er daher nur antworten „wie die SPD in Stadt und Landkreis Würzburg. Die Tour durch die Region Würzburg stellt einen gelungenen Höhepunkt der bayernweiten Radtour dar.“

Zum Abschluss besuchten die Roten Radler noch mit dem Ortsvereinsvorsitzenden Joachim Sadler das Gerbrunner Weinfest.

Mit den Roten Radlern unterwegs:



Ein wunderbarer, informativer Tag mit einem schönen Fazit von Markus Rinderspacher: Wenn er gefragt würde, wie er sich die Bayern-SPD wünscht, könne er nur antworten „wie die SPD in Stadt und Landkreis Würzburg. Die Tour durch die Region Würzburg stellt einen gelungenen Höhepunkt der bayernweiten Radtour dar.“

Sozialempfang zum Verfassungstag im Kulturspeicher

Als SPD-Landtagsabgeordneter für die Region Würzburg habe ich engagierte Ehrenamtliche anlässlich des Jahrestages unseres Grundgesetzes im Namen der SPD-Landtagsfraktion zu einem Empfang eingeladen. Der Empfang fand am Abend des 29. Mai im Kulturspeicher in Würzburg statt. Ganz besonders freute es mich, dass ich für diesen Empfang Markus Rinderspacher, den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag, als Festredner gewinnen konnte. Über 150 Bürgerinnen und Bürger sind der Einladung gefolgt.

Warum der Empfang für Ehrenamtliche: Gesellschaftlichen Zusammenhalt und einen funktionierenden Sozialstaat kann es nur geben, wenn sich Menschen für andere einsetzen. Vereine, Verbände und Hilfsorganisationen bereichern unser kulturelles Leben, schaffen Sicherheit für Bedürftige und legen so letztlich die Grundlage für ein lebendig demokratisches Zusammenleben in unserem Land. Ehrenamtlich engagierte Menschen und Funktionsträger, die in ihrer ganz alltäglichen Arbeit dafür sorgen, dass unsere soziale Gemeinschaft trotz aller Schwierigkeiten immer wieder gestärkt wird, sind Säulen unserer Gesellschaft.



Freuen sich über einen gelungenen Empfang und arbeiten gemeinsam für den politischen Erfolg (v.l.n.r.):

Stefan Wolfshörndl, Eva-Maria Linsenbreder, Georg Rosenthal, Frank Hofmann, Marion Schäfer-Blake, Markus Rinderspacher und Volkmar Halbleib

Wege aus der Euro-Krise

Volkmar Halbleib referierte in Kitzingen



Wie der SPD-Haushaltspolitiker Volkmar Halbleib vor zahlreichen Zuhörern am 27. Juli im Bayerischen Hof in Kitzingen ausführte, trug die Unentschlossenheit der Bundesregierung über lange Zeit, wie auf die Eurokrise zu reagieren ist, zu einer langen europäischen Entschlusslosigkeit und zur Verschärfung der Krise bei. Das Abwarten hat die Kosten der Rettungsaktion gesteigert. So werden die Gläubiger von Griechenland auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen, eine Umschuldung ist unausweichlich geworden, so Halbleib.

Er forderte eine limitierte Gemeinschaftshaftung der gesamten Euro-Zone für die Anleihen ihrer Mitglieder. Sie sei erforderlich, um auf Dauer eine Beruhigung der Finanzmärkte zu bewirken

Zudem müsse den von der Krise betroffenen Staaten eine Perspektive für das Wiedererstarken ihrer Wirtschaft gegeben werden. Notwendig sei ein Europäisches Modernisierungs- und Wachstumsprogramm. Ohne Unterstützung durch die Europäische Union wird Griechenland nicht auf die Beine kommen. Und ohne eine solche Unterstützung werden die Menschen in Griechenland die unvermeidlichen harten Einschnitte nicht akzeptieren.

Statt die Bürger die Zeche zahlen zu lassen, forderte Halbleib die europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Sie dämmt auch spekulative Finanzgeschäfte ein. Vor allem aber leistet damit der Finanzsektor einen Beitrag zur Bewältigung der Krise, an der viele Marktteilnehmer lange gut verdient haben. Und wir müssen endlich die Regulierung der Finanzmärkte beherzt angehen.

Wir brauchen mehr, statt weniger Europa, stellte Halbleib fest. Auf Dauer kann eine Währungsunion nicht ohne eine engere Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten funktionieren.

10 Jahre CSD Würzburg



Beim diesjährigen CSD demonstrierte Volkmar Halbleib erneut gemeinsam mit den Würzburger Schwusos für Toleranz und Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen und Transsexuellen.

Bei der Kundgebung argumentierte er für die rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe.

Im Bild (v.l.n.r.): Michael Frank, Andras Roser, Volkmar Halbleib und Marion Reuther.

Aktivitäten vor Ort

18,7 Millionen Euro für die Polizeiinspektion in der Augustinerstraße

MdL Halbleib: Die überfällige Generalsanierung kann endlich beginnen!

Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtages hat grünes Licht für die Generalsanierung der Polizeiinspektion Ost in der Würzburger Augustinerstraße gegeben. Die Gesamtkosten für die Generalsanierung des denkmalgeschützten Gebäudes aus dem Baujahr 1958 sind mit 18,7 Millionen Euro veranschlagt. Der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses Volkmar Halbleib zum Beschluss: „Die Baumaßnahme ist längst überfällig, weil der energetische Zustand des über 50 Jahre alten Hochhauses miserabel und die Arbeitsbedingungen für die Polizei nicht länger tragbar waren. Deswegen bin ich erleichtert, das jetzt endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden.“



In die Jahre gekommen: Die Polizeiinspektion in der Würzburger Augustinerstraße

Das Hauptgebäude, das als Bauwerk der Nachkriegsmoderne (Fassade, Eingangsbereich und Treppenhaus) vom Landesamt für Denkmalpflege als denkmalwürdig eingestuft ist, wird erhalten bleiben, aber bis auf Rohbaustand zurückgebaut. Der jetzt bestehende baufällige Anbau wird hingegen abgerissen und durch einen kompletten Neubau ersetzt. Dadurch ergibt sich westlich des Hauptgebäudes die Möglichkeit, das Gelände abzusenken und dort einen überdachten Polizeihof einzurichten.

Ein schöner Nebenaspekt der Baumaßnahme ist für Halbleib, „dass der denkmalgeschützte historische Pavillon von Josef Greising, der sich in an der Ecke Neubaustraße/Büttnerstraße befindet, öffentlich zugänglich gemacht wird und daneben eine kleine öffentliche Grünfläche entstehen soll.“ Für die Dauer der Generalsanierung wird die Augustinerstraße komplett geräumt und die Polizeiinspektion für drei Jahre im ehemaligen Verwaltungsgebäude der Firma Glas Keil in der Nürnberger Straße untergebracht.

MdL Halbleib: Institut für Rechtsmedizin erhalten!

Wie der SPD-Landtagsabgeordnete Volkmar Halbleib mitteilt, besteht eine gute Perspektive, dass ein dauerhafter Erhalt des Instituts für Rechtsmedizin an der Universität Würzburg gesichert ist.

Halbleib entnimmt dies aus einer Antwort aus dem Bayerischen Wissenschaftsministerium, die er auf eine Schriftliche Anfrage bekam.

Wie das Ministerium nun mitteilte, misst die Staatsregierung dem Erhalt des Instituts einen hohen Stellenwert bei. Das Institut für Rechtsmedizin Sorge durch schnelle Reaktionszeiten bei Anfragen der unterfränkischen Polizei und Justiz für deutlich höhere Aufklärungsquoten bei Kapitalverbrechen, so das Ministerium.

Das Institut analysiert u.a. DNA-, Blut- und Urin-Proben für die Polizei und leistet in schwierigen Fällen Hilfe bei der Tatortermittlung. Zudem seien in letzter Zeit hohe Investitionen in das Institut vorgenommen worden, durch die neue analytische Ausstattung des Instituts können in Würzburg jetzt modernste Analyseverfahren zur Bearbeitung von Anfragen durch öffentliche und private Auftragnehmern durchgeführt werden. Allein im Jahr 2010 erbrachte das Institut Leistungen für Polizei und staatliche Behörden im Umfang von 900.000,- Euro. Kürzlich erfolgte die Vergabe rechtsmedizinischer Leistungen nach Würzburg.

Halbleib ist froh, dass auf seine Anfrage hin durch das Wissenschaftsministerium eine Perspektive für den Fortbestand des Instituts für Rechtsmedizin aufgezeigt wurde. Aber nicht nur hier gibt es positive Entwicklungen zu vermelden. Denn ebenso wichtig für den Erhalt und für die weitere Entwicklung des Instituts sei es gewesen, mit Herrn Prof. Dr. med. Michael Bohnert einen neuen kompetenten Institutsleiter gewonnen zu haben.

Kein Stillstand auf dem neuen Unicampus!

Volkmar Halbleib setzt sich für eine rasche Fortentwicklung am Hubland ein

Der Hubland Campus Nord der Universität Würzburg wurde erst vor wenigen Wochen seiner Bestimmung übergeben. Viele Gebäude wurden bereits umgebaut und bezogen, die übrigen werden planmäßig bis Ende 2011 fertiggestellt, 28,5 Millionen Euro wurden investiert. Für den Ansturm der Studierenden des doppelten Abiturjahrgangs 2011 fühlt sich die Universität gut gerüstet.

Für die beiden SPD-Landtagsabgeordneten Karin Pranghofer und Volkmar Halbleib ist jetzt wichtig, dass kein Stillstand bei Weiterentwicklung und Ausbau des Uni-Campus am Hubland eintritt.

Der Haushaltsexperte und die Bildungspolitiklerin besuchten aus diesem Grund den Hubland Campus, um gemeinsam mit Verantwortlichen der Universität, des Staatlichen Bauamts, der Studentenwerks und der Studierendenvertretung die Situation zu diskutieren, sich direkt vor Ort ein Bild machen zu können. Die SPD-Forderungen nach diesem Gespräch:

- Die Haushaltsmittel für die Fußgängerbrücke zwischen Campus Süd und Nord müssen schnellstmöglich bereit gestellt werden, damit eine Fertigstellung des 2,7 Millionen Euro teuren Bauwerks tatsächlich im Jahr 2012 erfolgen kann.
- Die Generalsanierung der Hublandmensa muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Der jetzige bauliche Zustand ist seit Jahren mehr als schlecht, die technische Ausstattung völlig veraltet und den stark anwachsenden Studierendenzahlen nicht mehr gewachsen. Bislang ist geplant, mit der Mensasanierung erst nach der Fertigstellung einer sog. Mensateria, die auf dem Campus Nord gebaut werden soll, zu beginnen. Dies muss entkoppelt werden.



Gemeinsam auf Ortsbesichtigung (v.l.n.r.): Laura Hoffmann, Studentenwerksleiter Michael Ullrich, Karin Pranghofer, Stadtrat Alexander Kolbow, Volkmar Halbleib, Tobias Pietsch, Kathrin Nikolaus und Peter Mack, stellv. Leiter des Staatl. Bauamts

- In einem Teil der ehemaligen „Day Nursery“ ist die Einrichtung eines Kinder- und Familienzentrums geplant. Der Umbau zu einer modernen Kindertagesstätte hat jedoch noch nicht begonnen, da die Mittel hierfür noch nicht freigegeben wurden. Halbleib sagte zu, dass sich die SPD-Fraktion dafür einsetzen werde, dass die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung schnellstmöglich freigegeben werden.
- Zudem sollen auch die übrigen Gebäudeteile der „Day Nursery“ mit in die Ausbauplanungen aufgenommen werden. Für die Nutzung des gesamten Gebäudes wurde vom Zentralen Frauenbüro der Universität ein komplettes Konzept erarbeitet.

Fall Cengiz jetzt vor der Härtefallkommission

MdL Halbleib optimistisch, dass Familie Cengiz in Würzburg bleiben darf

Der Petitionsausschuss des Landtags hat den Fall der Familie Cengiz aus Würzburg an die Härtefallkommission des Freistaats Bayern verwiesen. Dies war auch Ziel der erneuten Petitionen gewesen, die von Oberbürgermeister Georg Rosenthal und von Ismail Temel, dem Vorsitzenden des Main-Bildung Fördervereins, im Januar an den Landtag gerichtet wurden.

Die Härtefallkommission kann nun eine Empfehlung darüber aussprechen, ob das Innenministerium als letzte Entscheidungsinstanz die Ausweisung der Familie Cengiz verfügen oder ein weiteres Aufenthaltsrecht erteilen sollte.

Juristisch hätte die Stadt Würzburg von Anbeginn an richtig gehandelt, so der Abgeordnete, doch manche Fälle hätten neben dem juristischen einen gewichtigen menschlichen und politischen Aspekt, der berücksichtigt werden müsse. Über solche Aspekte könne jedoch nur die Härtefallkommission oder das Ministerium selbst entscheiden.

„Aus diesem Grund habe ich mich von Anfang an mit mehreren Schreiben dafür eingesetzt, dass der Fall des Sprachlehrers Hakan Cengiz von der Härtefallkommission und vom Innenministerium entschieden wird“, so Halbleib. „Deswegen bin ich dem Petitionsausschuss und dessen Vorsitzendem Achim Werner für das Aufgreifen meiner Argumente und die Überweisung an die Härtefallkommission dankbar. Gerade vor dem Hintergrund der guten Arbeit, die Herr Cengiz für die Integration türkischer Mitbürgerinnen und Mitbürger geleistet hat, wäre eine Ausweisung ein falsches Signal“, so Halbleib.



Sind optimistisch, dass Familie Cengiz in Würzburg bleiben darf: Volkmar Halbleib und der Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtags, Achim Werner.

Beschulung von Kindern mit Autismus in der Dr.-Karl-Kroiß-Schule



Die Diskussion um die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Autismus in der Dr.-Karl-Kroiß-Schule Würzburg beschäftigt Volkmar Halbleib seit Beginn seiner Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag. Vor ca. zwei Jahren ist es dank seiner Mithilfe gelungen, gemeinsam eine für Schule, Eltern und Kinder einvernehmliche Lösung zu erreichen.

Nunmehr ist durch den kürzlich abgeschlossenen Vertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Bezirk Unterfranken der Anteil der Schüler mit Autismus auf 15 Prozent der Gesamtschülerzahl begrenzt worden. Deshalb steht zu befürchten, dass zum bald beginnenden Schuljahr 2011/2012 Schüler mit Autismus abgewiesen werden.

Staatsregierung und Landtag haben die gemeinsame Zielsetzung, möglichst rasch die Voraussetzungen zu schaffen, dass autistischen Schülern an der Regelschule eine pädagogisch und sozial gute Schulumgebung gewährleistet wird. Klar ist meiner Ansicht nach allerdings auch, dass dies derzeit an vielen Regelschulen noch nicht gewährleistet wird bzw. es nachvollziehbare Gründe gibt, den Schulbesuch im Interesse des Kinderwohles – zumindest für einzelne Schuljahre – an einer für die Belange autistischer Kinder besonders ausgerichteten Schule fortzusetzen.

Deshalb müssen nach Halbleibs Einschätzung die Anstrengungen verstärkt werden, die es autistischen Kindern ermöglicht, die Regelschule zu besuchen. Bis zur Schaffung entsprechender pädagogischer und ggf. auch räumlicher Voraussetzungen an Regelschulen, muss es möglich sein, dass Eltern mit ihren autistischen Kindern auf die pädagogischen Qualitäten der Dr.-Karl-Kroiß-Schule zurückgreifen können.

Aus diesem Grund hat Halbleib den Freistaat und den Bezirk Unterfranken aufgefordert, zumindest für das kommende Schuljahr 2011/2012 allen angemeldeten Kindern eine Beschulung an der Dr.-Karl-Kroiß-Schule zu ermöglichen. Nach klarer Aussage der Schulleitung kann die Beschulung ohne zusätzliche finanzielle Kosten gewährleistet werden, so dass der bestehende Vertrag einer solchen Lösung nicht entgegengehalten werden kann.

Feuerweherschulen: SPD fordert 30 neue Stellen

Die SPD-Landtagsfraktion sieht nach einem Gespräch mit dem Leiter der Feuerweherschule in Würzburg am 25. Juli nach wie vor einen enormen Personalbedarf bei den drei bayerischen Feuerweherschulen. Die von Innenminister Herrmann angekündigte Erhöhung um 15 Stellen ist für die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Helga Schmitt-Bussinger, „seit Jahren überfällig und nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.“

„Tatsächlich brauchen wir 30 neue Stellen. Herrmann muss seinen großen Worten Taten folgen lassen und die Mittel im Haushalt bereit stellen“, so die SPD-Abgeordnete, die gemeinsam mit ihren Kollegen Volkmar Halbleib und Harald Schneider die Staatliche Feuerweherschule besucht hatte.



Drei Rote im roten Feuerwehrauto: Harald Schneider, Helga Schmitt-Bussinger und Volkmar Halbleib

Meine Tätigkeit als finanzpolitischer Sprecher

Solide Finanzpolitik statt unseriöser Steuerversprechen

Volkmar Halbleib in SPD-Dringlichkeitsantrag: Investitionen in Bildung, Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Klimaschutz und Energiewende sicherstellen

Die SPD-Landtagsfraktion lehnt weitere Steuersenkungen auf Pump ab. Das gilt sowohl für den Aufguss des Kirchhof-Modells, mit dem CDU und CSU in den Bundestagswahlkampf 2005 zogen, das damals bereits politisch scheiterte und durch das in erster Linie hohe Einkommen entlastet würden, als auch für die von der Koalition auf Bundesebene vorgesehenen Steuergeschenke zum 1. Januar 2013, die in erster Linie taktisch motiviert sind und ein politisches Zugeständnis an den kleinen Koalitionspartner sein sollen. „Erforderlich ist eine solide, verlässliche und gerechte Fiskalpolitik, die ausreichende Einnahmen für Bund, Länder und Kommunen sicherstellt, damit die erforderlichen Investitionen beispielsweise für Bildung, Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Klimaschutz und die Energiewende dauerhaft fließen können,“ so der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Volkmar Halbleib.

Die SPD fordert deshalb die Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag auf, alles zu unterlassen, was zu weiteren Einnahmeausfällen bei Bund, Ländern und Gemeinden führt.

Mehr auf der Homepage der SPD Landtagsfraktion Bayern:

<http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14009&nav=aktuell>

Investitionen in Bildung, Infrastruktur und in die Energiewende sind wichtiger als die Steuersenkungsideologie der FDP

Volkmar Halbleib zum Treffen der FDP-Fraktionschefs aus Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zum Thema Länderfinanzausgleich

„Die FDP muss ihre Schuldenpolitik durch Steuergeschenke auf Pump umgehend beenden,“ erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, zum Treffen der FDP-Fraktionschefs aus Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zum Thema Länderfinanzausgleich.

Wenig Verständnis zeigt Halbleib über die Krokodilstränen der drei FDP-Fraktionschefs über Schulden anderer Bundesländer. Tatsache sei, dass die FDP für das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit verantwortlich ist, das in diesem Jahr zu Steuerausfällen von über 8 Milliarden und im Jahr 2012 zu Steuerausfällen von fast 9 Milliarden Euro für Bund, Länder und Gemeinden führen wird. Teil des Gesetzes ist das Steuergeschenk bei der Umsatzsteuer an die Hoteliers, das jährlich mit Kosten von nahezu einer Milliarde Euro zu Buche schlägt.

Halbleib: „Die FDP sollte umgehend ihre Politik der Steuergeschenke auf Pump beenden, durch die die Staatsverschuldung immer weiter ansteigt.“

Mehr auf der Homepage der SPD Landtagsfraktion Bayern:

<http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14043&nav=aktuell>

Umgeht das Finanzministerium auch noch die Wiederbesetzungssperre zu Lasten der Finanzämter?

Volkmar Halbleib und Stefan Schuster: Bereits jetzt Personalfehlbestände bis zu 33 Prozent und bayerische Steuerverwaltung im bundesweiten Ländervergleich Schlusslicht

Angesichts der schon jetzt massiven Unterbesetzung in der bayerischen Steuerverwaltung wollen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, und der SPD-Sprecher für Fragen des öffentlichen Dienstes, Stefan Schuster, wissen: Umgeht das Bayerische Staatsministerium der Finanzen auch noch die Wiederbesetzungssperre zulasten der Finanzämter?

Die beiden SPD-Abgeordneten wollen der Sache mit einer parlamentarischen Anfrage auf den Grund gehen. Es gibt Hinweise darauf, dass die generelle 12-monatige Wiederbesetzungssperre, die auf Initiative der Staatsregierung seit 2011 in Bayern für Stellen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gilt, durch die Staatsregierung selbst zu Lasten nach geordneter Behörden umgangen wird. Halbleib: „Wir wollen wissen, ob das Finanzministerium seine gesperrten Stellen zulasten der Finanzämter besetzt“.

Mehr auf der Homepage der SPD Landtagsfraktion Bayern:

<http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14054&nav=aktuell>

Finanzsprecher Volkmar Halbleib begrüßt Unterschriftenaktion der evangelischen Landeskirche für Finanztransaktionssteuer

Kirchengemeinden in Bayern sollen Petition an die Bundesregierung unterstützen

Der stellvertretende Vorsitzende und Finanzexperte der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, befürwortet die Unterschriftenaktion des evangelischen Landeskirchenrats, der alle 1540 Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen in Bayern dazu aufgerufen hat, die Petition zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu unterstützen. „Die Finanztransaktionssteuer schränkt riskante Wertpapiergeschäfte ein und stabilisiert die Finanzmärkte. Durch sie würden die Finanzmarktakteure auch an der Finanzierung der von ihnen selbst mit verursachten Kosten zur Krisenbewältigung beteiligt“, betont Halbleib.

Eine globale Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05% könnte jährlich weltweit rund 500 Milliarden Euro einbringen. In der EU würden 200 Milliarden Euro generiert, zweistellige Milliardenbeträge allein in die deutschen Kassen gespült. „Die Mehreinnahmen aus dieser Steuer könnten für nachhaltige Investitionen verwendet werden und müssten nicht noch teure Rettungsschirme finanzieren“, so Halbleib.

Mehr auf der Homepage der SPD Landtagsfraktion Bayern:

<http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14062&nav=aktuell>

Aktuelles aus der bayerischen Landespolitik

BayernLB: SPD verlangt Auskunft von Fahrenschon

Stellvertretende Vorsitzende der Landesbank-Kontrollkommission Aures fragt nach den Gründen, warum das EU-Beihilfeverfahren nicht voran kommt

Das EU-Beihilfeverfahren für die Bayerische Landesbank stockt: Seit über zwei Jahren wird angeblich an einer Genehmigung durch die EU gearbeitet. Vor kurzem hat sich der EU-Kommissar Almunia enttäuscht über die mangelnde Kooperation der Bayern geäußert. Inge Aures, stellvertretende Vorsitzende der Landesbank-Kontrollkommission im Landtag fordert daher Finanzminister Fahrenschon in einem Brief auf, 14 Fragen zu beantworten und Ergebnisse vorzulegen. Aures: „Es ist unüblich, dass ein EU-Kommissar in einem laufenden Verfahren so deutlich Stellung bezieht. Hinter verschlossenen Türen finden offensichtlich harte Kämpfe statt. Das Verfahren muss aber transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein. Fahrenschon darf sich nicht immer in geheimen Sitzungen verstecken.“

Mehr auf der Homepage der SPD Landtagsfraktion:

<http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14070>

An allen Schularten fehlen Lehrkräfte trotz Rekordarbeitslosigkeit

Landtags-SPD unterstützt Schreiben der Junglehrer nach mehr Einstellungen an den bayerischen Gymnasien und Internetkampagne des BLLV

Die dramatische Situation an Bayerns Schulen spitzt sich im kommenden Schuljahr erneut zu: „Große Klassen und schlechte Lehrerversorgung sind schon heute abzusehen, nachdem es Kultusminister Spaenle versäumt, genügend Junglehrer einzustellen“, stellt die SPD-Landtagsabgeordnete Karin Pranghofer fest. Das führt ihrer Ansicht nach zwangsweise zu Unterrichtsausfällen und zu mangelnder pädagogischer Betreuung. „Wo bleibt die individuelle Förderung der Schüler, der Ausbau der Ganztagschule oder gar die Umsetzung der Inklusion“, fragt sich die SPD-Bildungspolitiklerin.

„Wenn bei der Bildung gespart wird, läuft im Freistaat Bayern etwas schief, weil das auf Kosten der Lebenschancen junger Menschen erfolgt“, ist sich der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, sicher. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende fordert auch mehr Ehrlichkeit. „Die Staatsregierung rechnet die Lehrerausstattung schön, weil im Kleingedruckten viele Stellen wegfallen oder mit Sperren belegt sind. Mit Rechenricks kommt man aber nicht weiter, spätestens in den Schulen wird der Mangel deutlich!“

Mehr auf der Homepage der SPD Landtagsfraktion:

<http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14063>

Aufmerksam: Termine und Veranstaltungshinweise

07. August 2011, SPD-GenossInnen besuchen die kleine Landesgartenschau in Kitzingen

Der SPD-Kreisverband Kitzingen hat an diesem Tag alle Genossinnen und Genossen der BayernSPD eingeladen, ins schöne Kitzingen zu kommen und die kleine Gartenschau zu besuchen.

Infos unter: http://dfxnet.de/03_kitzingen/presse/2011/110807_Gartenschau_Kitzingen.pdf

24. August 2011, ab 13 Uhr: Zwiebelkirchweih der Würzburg SPD

Live-Musik, kühle Getränke und Heißes vom Grill in der Semmelstraße 46, Würzburg

12.-14. September 2011, Herbstklausur der SPD-Landtagsfraktion in Würzburg

14. September 2011, 19 Uhr, Lesung von SPD-MdL Dr. Christoph Rabenstein

Der Autor liest aus seinem Buch „Der große Deal“ zum Landesbankskandal, Buchhandlung Neuer Weg, Sanderstraße 33, Würzburg

15. September 2011, 17 Uhr, Dialog Forschung, Wissenschaft & Wirtschaft in Unterfranken, Fachtagung im Würzburger Bürgerspital, Theaterstraße 19

29. September 2011, 18 Uhr, Bildungsdialog der SPD-Landtagsfraktion zur Gemeinschaftsschule im Fechenbach-Haus in Würzburg (Stadtteilzentrum Grombühl, Petrinistraße)

Alle Interessierten sind herzlich zum Bildungsdialog eingeladen!

Nähere Informationen unter: <http://www.gemeinschaftsschule-bayern.de/>

30. September 2011, ganztags, MdL Martin Güll und MdL Volkmar Halbleib, Schulbesuche in der Region

Info und Kontakt

Mein Team

Martin Bielawski, Organisation
Michael Frank, Pressearbeit und inhaltliche Zuarbeit
Niyazi Akcay, Bürgeranliegen
Max Dörflein

Mein Bürgerbüro

Semmelstraße 46R
97070 Würzburg
Tel.: 0931/59384
Fax: 0931/53030
Mail: buergerbuero-halbleib@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag, 10-16 Uhr

Impressum

Herausgeber: Volkmar Halbleib, MdL

Redaktion: Michael Frank
Abgeordnetenbüro im Hannsheinz-Bauer-Haus
Semmelstraße 46R
97070 Würzburg

Datenschutz: Wir behandeln E-Mail-Adressen vertraulich. Sie werden nicht an Dritte weitergegeben oder für Werbemails verwendet.